



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

August 2020

Sonderausgabe der *backbord* zum Thema: Die Krise heißt Kapitalismus

Angriffe des Kapitals

Bereits zum bisherigen Höhepunkt der Corona Maßnahmen wurde deutlich, wer die Zeche zahlen soll:

Im Mai waren bundesweit 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt worden, das waren zehnmal mehr als während der kapitalistischen „Finanz“-Krise 2008/2009. In 2019 waren es „nur“ ca. 360 Tsd.

In Schleswig-Holstein wurden für den Monat Mai 328.800 Kurzarbeiterinnen genannt. Auch wenn das Kurzarbeitergeld befristet ein wenig angehoben wurde, die finanziellen Einbrüche sind gravierend. Insbesondere in Bereichen, die zum Niedriglohnsektor gehören, sind die Auswirkungen existenzbedrohend.

Gleichzeitig muss betont werden: Kurzarbeitergeld wird durch die Agentur für Arbeit bezahlt, welche sich aus den Beiträgen der Lohnabhängigen und den durch die Lohnabhängigen erarbeiteten Beiträgen ihrer Chefs finanziert. Die Lohnabhängigen zahlen also ihr Kurzarbeitergeld faktisch selbst, während die Unternehmen entlastet werden. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben. Aber nicht nur, dass auch die Arbeitslosigkeit steigt, in Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Vorjahresmonat um 23,8% auf 97.200 Personen. Die Profite der Konzerne, die sie in den letzten Jahren aus ihren Arbeiter/innen herausgepresst hatten, blieben unangetastet. Das soll es aber noch nicht gewesen sein, die Konzerne planen bereits die nächsten Angriffe.

Was planen die Kapitalisten?

Mehre Konzerne haben bereits Entlassungswellen angekündigt, so z.B. Lufthansa und Karstadt/Galeria Kaufhof, im Bereich der IG Metall steht eine Größe von ca. 11% der bisherigen Belegschaften im Raum. Auch bei der Ausbildung wollen die Konzerne streichen, um die 6% der Ausbildungsplätze wollen sie vernichten. Darüber hinaus stellen sie auch sehr offen ihre Forderungen an die Politik, beispielhaft soll hier auf die Forderungen von Gesamtmetall - dem Verband der Kapitalisten in der Metall- und Elektroindustrie Deutschlands, als wichtigster Industriezweig eingegangen werden.

Selbst minimale Einschränkungen ihrer Allmacht wollen sie zurückdrängen. So soll die Parität in der Krankenversicherung fallen, die ohnehin sehr geringen Einschränkungen bei der Leiharbeit sollen entfallen und die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn, die dafür sorgen, dass es den Konzernen nicht super leicht gemacht wird diesen zu umgehen, wollen sie natürlich auch beseitigen. Bei der Rente planen sie eine Kürzungsorgie: die Rente nach 45 Beitragsjahren mit aktuell 63 Jahren und acht Monaten soll gestrichen werden, gleiches gilt für die 48% Haltelinie beim Rentenniveau. Auch die Mindestausbildungsvergütung soll gestrichen werden.

www.dkpkiel.de
info@dkpkiel.de

Kiel
DKP

Geplante Einschränkungen bei sachgrundlosen Befristungen dürfen ihrer Meinung nach auf keinen Fall kommen, die Arbeitszeitregelungen sollen flexibilisiert, also aufgeweicht werden, Ruhezeiten sind ihnen zu unflexibel. Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte sollen geschliffen werden, so bei Einstellungen, Arbeits- und Gesundheitschutz und Massenentlassungen. „Wichtig ist es deshalb, den Unternehmen möglichst große Spielräume bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen einzuräumen und die unternehmerische Freiheit nicht (oder minimal) durch Vorgaben im Arbeitsschutz einzuschränken.“ Ehrlicher ausgedrückt heißt das: ihr könnt für unsere Profite ruhig krank werden und im Zweifel auch sterben.

Was Gesamtmetall hier vorgelegt hat, ist ein so deutlicher Angriff auf Rechte der Arbeitenden und von Arbeit ausgeschlossenen in diesem Land, dass es nur eine Antwort geben kann: gemeinsamer Kampf gegen diese Schweinereien! Die Konzerne sollen zahlen, jegliche Sozialpartnerschaft muss beendet werden!

Selbst dem Letzten sollte in dieser Situation klar werden: dies ist zu Vergleichen mit der Partnerschaft zwischen Schlachter und Schlachtvieh!

Nur in der Einheit der Gewerkschaft und Arbeiterbewegung liegt die Chance, diese Angriffe abzuwehren.★

Forderungen der DKP Kiel

Aus unserer Sicht sind dringend Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten nötig:

- Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
- radikale Arbeitszeitverkürzung, 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen
- Ausbildungs- und Übernahmeverpflichtung, wer nicht ausbildet muss zahlen!
- Absenkung des Renteneintrittsalters, Rente mit 60
- Erhöhung des Rente Niveaus auf mindestens 53%
- Keine Kürzung der Regelsätze stattdessen Erhöhung.

Entlassungen in Kiel

Auch in Kiel planen einige Konzerne bereits Entlassungen bzw. Standortschließungen. Schon im letzten Jahr entstanden Gerüchte, das GKN in Kiel massiv Leute entlassen möchte und einen Großteil der Produktion nach Osteuropa verlagern will, um Kosten zu sparen, also ihre Profite zu steigern. Ähnliches passierte bereits dem GKN Werk in Offenbach.

In Kiel sind es ca. 300 Beschäftigte bei GKN, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Massenentlassungen deuten sich auch bei Caterpillar und der verbundenen Gießerei an. Hier wurde über die letzten Jahre sukzessiv Personal abgebaut. Nun will der Caterpillar Vorstand offenbar erneut hunderte KollegInnen auf die Straße setzen. Inzwischen wurde bekannt, dass mindestens 200 KollegInnen entlassen werden sollen. Hier muss auch die Frage gestellt werden, ob es sich um ein Sterben auf Raten handelt, die Belegschaft so lange zusammengeschrumpft wird, bis eine Produktion in Kiel nicht mehr funktioniert.

Allgemeine Gründe für die Arbeitsplatzvernichtung sind die Überproduktionskrise, in

der wir uns zur Zeit befinden, wie auch das Ansteigen der Produktivität ohne eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung.

Und auch außerhalb der Industrie findet massive Arbeitsplatzvernichtung statt, ein weiteres Beispiel dafür ist Galeria Kaufhof/Karstadt. Zwar soll die Filiale in Kiel erhalten bleiben (aber Karstadt Sport in Kiel wird auch geschlossen), alle anderen Standorte in Schleswig-Holstein sollen geschlossen werden. Damit werden ca. 300 KollegInnen auf die Straße gesetzt. Eigentümer Benko hat ein geschätztes Privatvermögen von 4 Milliarden Euro! Dieses bleibt natürlich komplett unangetastet, während die Beschäftigten ihre Existenzgrundlage verlieren. Leider werden die genannten Beispiele nicht die letzten sein.

Auch hier in Kiel deutet sich an, dass die Konzerne ihre Offensive intensivieren. GewerkschafterInnen sollte dabei klar sein: Lohnverzicht, Teilabbau der Arbeitsplätze oder andere Zugeständnisse sichern keinen einzigen Arbeitsplatz.

Stattdessen brauchen wir eine über Betriebs- und Gewerkschaftsgrenzen hinausgehende Abwehrfront. Auch können wir uns nicht mit möglichst guten Abfindungsregelungen etc. begnügen. Diese können zwar individuell, die durch den Arbeitsplatzverlust verbundene Not lindern, aber die Arbeitsplätze sind dann trotzdem weg und der kommenden Generation bleibt nix. Auch individuell sieht es, sofern die Rente nicht in unmittelbarer Nähe steht, nicht gerade rosig aus. GewerkschafterInnen aus den unterschiedlichen Betrieben müssen sich vernetzen und gemeinsame Aktionen gegen Arbeitsplatz-vernichtung durchführen.

Dabei dürfen wir uns auch nicht länger an den engen Rahmen von Streiks in Tarifverhandlungen halten. Wir brauchen den politischen Streik um die Angriffe der Herrschenden abzuwehren.

Das gilt umso mehr, da nicht nur die Konzerne Leute reihenweise auf die Straße setzen, auch kleinere Betriebe mit noch schlechterer gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht werden zu Entlassungen und Standort-schließungen greifen.★

Überproduktionskrisen im Kapitalismus

Schon Karl Marx hat dargelegt, dass Überproduktionskrisen im Kapitalismus unvermeidlich sind. Diese Krisen waren besonders mit dem Aufkommen der Industrialisierung festzustellen. Im Kapitalismus erzeugen die Arbeiter Produkte, die ihnen jedoch nicht gehören. Die Eigentümer der Produktionsmittel (Fabriken u.a.) eignen sich die Produkte an und verkaufen sie als Waren. Dabei erhalten die Arbeiter für ihre Arbeit weniger Geld als die Kapitalisten für den Verkauf der Waren. Durch die Industrialisierung (zunächst vor allem der Einsatz von Dampfmaschinen) konnten die Arbeiter in der gleichen Zeit erheblich mehr Produkte herstellen, die Produktivität stieg.

Auf Grund der Konkurrenzsituation sind dann die übrigen Kapitalisten gezwungen, die Produktion zu effektiveren, also moderne Maschinen einsetzen um die Produktivität zu erhöhen.

Wenn aber die Reallöhne der Arbeiter nicht im gleichen Maße wie die Produktivität steigen, entsteht ein Problem: es können zwar massenhaft Produkte hergestellt werden, aber die Massen haben nicht die Kaufkraft, um all dieses zu kaufen. Da nicht alle Produkte verkauft werden können, sehen sich die Kapitalisten gezwungen die Produktion herunterzufahren, also Arbeiter zu entlassen. Die Entlassung von Arbeitern, also steigende Arbeitslosigkeit, führt zum Rückgang der Massenkaukraft und damit zu noch weniger Nachfrage. Dieses führt zu weiterem Produktionsrückgang usw. usw.

Nicht alle Kapitalisten sind aber gleich stark, die Schwachen gehen zu erst unter, die Produktionsstätten liegen dann brach, Kapital wird praktisch vernichtet. Wenn ein Teil der Konkurrenten verschwunden ist, z.Z. werden sie auch von den Großen „geschluckt“, dann sind

für die verbliebenen Kapitalisten wieder bessere Absatzmöglichkeiten gegeben. Die Krise ist für diese dann zunächst überwunden, bis eine steigende Produktivität zur nächsten Krise führt.

Eigentlich kann eine Erhöhung der Produktivität positiv sein, es wäre möglich, ausreichend viele Güter herzustellen und bei gleichem oder sogar steigendem Einkommen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Im Kapitalismus aber führt dieses unweigerlich immer wieder zu Krisen.

Nun wird oft von Arbeitern in der Krise verlangt, sie sollten doch Lohnverzicht üben, um die „Not leidenden Unternehmer“ zu retten. Tatsächlich aber verringert Lohnverzicht das Einkommen, damit die Nachfrage und verschärft die Krise somit noch.

Eine solche, sich verschärfende Überproduktionskrise, zeichnete sich Ende 2019 ab. Uns wird eingeredet, Corona habe diese Krise hervorgerufen, deshalb müsse der Staat, also die arbeitende Bevölkerung, den Unternehmen helfen. Tatsächlich sind für das Kapital bereits riesige „Rettungspakete“ beschlossen worden. Die massiven Geschenke, die der Staat den Unternehmen mit unserem Geld macht, steckt das Kapital gerne ein. Das Problem aber wird nicht gelöst, sondern erheblich verschärft, die öffentlichen Gelder werden in Zukunft an allen Ecken fehlen: u.a. für Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen, in ökologische Projekte.

Es ist zu befürchten, dass diese fehlenden Investitionen zu einer Zunahme der tatsächlichen Arbeitslosigkeit führen wird, - wenn wir nicht erfolgreich gegen solche Umverteilung kämpfen!

Ein Ende dieser Krisen kann es nur geben, wenn gemeinschaftlich geplant und produziert wird. Also im Sozialismus.★

Hilfspakete für die Konzerne

Den Konzernen wird in dieser Krise in vielfältiger Weise geholfen, hier sollen zwei Formen betrachtet werden: einerseits direkte „Rettungsaktionen“ über Kreditvergabe der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder unmittelbare Finanzspritzen der Bundesregierung, andererseits Maßnahmen im Konjunkturpaket, die zugunsten der Konzerne ausfallen.

Bei den Krediten ist eine absolute Intransparenz feststellbar. Zwar weiß man, dass Mitte Mai bereits 40.000 Firmen Kredite im Wert von 35 Milliarden Euro erhalten haben, davon gingen runde 40 % an 19 Großkonzerne. So erhielt z.B. ADIDAS 3 Milliarden Euro, nachdem sie angekündigt, die Mieten für ihre Läden nicht mehr zu zahlen.

von 20% der Lufthansa-Anteile durch den Staat – sich noch beschwert und keine Staatsbeteiligung will Erinnerung: die Lufthansa hat einen Wert von ca. 4 Milliarden! Und mehr als das Doppelte erhält sie. Bei all diesen Hilfspaketen muss klargestellt werden: es gibt keinerlei Verpflichtungen keine Entlassungen vorzunehmen und alle genannten Konzerne haben bereits Massenentlassungen angekündigt! Der Staat rettet also die Aktionäre und nicht die Beschäftigten.

Gleichzeitig sind es aber die abhängig Beschäftigten, die einen Großteil des Steueraufkommens stemmen und nicht, die zu Unrecht als Leistungs-Träger bezeichneten Unternehmer. Auch hier findet also eine Umverteilung von unten nach oben statt.



Auch der Konkurrent PUMA bekam immerhin 900 Millionen, der Autovermieter Sixt 1,5 Milliarden, Thyssenkrupp 1 Milliarde, 550 Millionen erhielt die Fluggesellschaft Condor, der Reiseveranstalter TUI erhielt 1,8 Milliarden.

Allerdings kommen immer wieder nur Einzelbeispiele durch Presserecherchen heraus, eine gesammelte Aufstellung für die Bürger der Bundesrepublik existiert nicht.

Das bekannteste Beispiel für die Unterstützung der Konzerne aus Staatsmitteln ist der Lufthansa-Konzern, auch weil Großaktionär Thiele den Hals nicht voll bekommen kann und trotz des Gesamtpakets von 9 Milliarden Euro Staatsknete – teilweise als Kredite sowie Kauf

Maßnahmen im Konjunkturpaket zu Gunsten der Konzerne

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung finden sich zahlreiche Maßnahmen, von denen vor allem die Konzerne profitieren. Dazu zählen verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, die Möglichkeit, Verluste steuerlich mit Gewinnen des Vorjahres zu verrechnen werden ausgeweitet, dass Körperschaftsrecht wurde so verändert, dass nun auch Personengesellschaften als Kapitalgesellschaften besteuert werden können. All diesen Maßnahmen ist gemeinsam, dass sie die Steuerlast für die Konzerne senken und schon gezahlte Steuern rückforderbar machen.

Wieder werden die gemachten Gewinne nicht angetastet, ebenso nicht das Privatvermögen der Eigentümer.

Die zeitlich befristete Senkung der Mehrwertsteuer vom 1.7.2020 bis 31.12.2020 können die Unternehmen entweder zur Werbung für sich selbst nutzen, sofern sie diese weitergeben oder sie behalten diese, insofern stellt sich auch diese Maßnahme keineswegs so positiv dar wie sie von den Regierenden verkauft wird.

Und auch die Rüstungsindustrie bekommt nochmal ein „kleines“ Geschenk: 10 Milliarden will die Bundesregierung in diesem und im nächsten Jahr vorziehen und damit „Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungspotential“ finanzieren. Die Autoindustrie bekam zwar keine allgemeine Kaufprämie, sondern nur eine für Elektroautos, trotzdem bleibt es bei einer Förderung, von der vor allem sie profitiert.

Es ist bezeichnend, dass einerseits die Kapitalisten jede Gelegenheit nutzen, die Hand aufzuhalten und der Staat nach dem Fleischthekenmotto reagiert: „Darf's ein bisschen mehr sein?“. Und selbstverständlich sollen die Renditen der Aktionäre munter weiter sprudeln und auch die Managerboni sollen unangetastet bleiben. Legale Geldwäsche wird selbst jetzt nicht sanktioniert, findet weiterhin über „Steueroasen“, die staatlich legitimierten Betrugsschleudern, statt. Dies alles zeigt: es geht im Prinzip nicht um Rettung in Not, sondern schlicht um Absicherung der Profite. Für uns ist klar eine absolute Mindestanforderung für jegliche Staatliche Unterstützung für Unternehmen muss sein, das keine Dividenden ausgezahlt werden und kein Arbeitsplatz gestrichen wird.

Nur der Vollständigkeit halber muss darauf verwiesen werden, dass auch die erhöhten Förderungen beim Kurzarbeitergeld einerseits zwar beschäftigungssichernd eingesetzt werden sollen. Andererseits handelt es sich dabei aber letztlich ebenfalls um eine direkte Fördermaßnahme für die Konzerne.

Die kapitalistische Wirtschaft hat sich bereits vor Ausbruch von Covid19 einer tiefen Krise genähert. Das ist weder neu noch außergewöhnlich. Es ist ein unabwendbarer Bestandteil einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die derzeitigen staatlichen unmittelbaren (direkter Geldfluss) und mittelbaren (Steuererleichterungen, -stundungen etc.) Geldausschüttungen und sonstigen Hilfen werden auch diesmal der

Konzentration und Zentralisation des Kapitals einen neuen Schub geben und die Monopolisierung der Wirtschaft deutlich vorantreiben. Das hat auch einen Namen: staatsmonopolistischer Kapitalismus. Und man kennt seine Verlierer: die Arbeiterklasse, die kleinen Selbstständigen und Scheinselbstständigen samt jenen, die bereits schon aus den direkten Produktionsprozess herauskatapultiert und an den Rand gedrängt wurden. Da wirkt Beifallklatschen und Lobgesang eher zynisch, zumindest deplatziert. Außer Brosamen gibt's für diese Menschen nichts vom Staat. Es muss mit Nachdruck eingefordert und erkämpft werden!

Die DKP hatte im vergangenen Bundestagswahlkampf ein Sofortprogramm gefordert. Es war einfach: Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, in Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser; die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen vor allem in sozialen Bereichen und der Daseinsvorsorge; die Aufstockung von sozialen Leistungen, von Hartz IV, Kindergeld, Rente und des Mindestlohns; das Ende der Kriege und aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Verringerung des Rüstungsetats; die Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen und die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärssteuer. Das ist Umverteilung von oben nach unten. Es ist Zeit für eine Neuauflage!

Jetzt gilt es den Widerstand gegen die Sparmaßnahmen zu organisieren. Hierbei kommt den Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund eine zentrale Rolle zu. Es muss gelingen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in einen gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung zu bringen.★

Veranstaltung der DKP Kiel:

Umweltschutz im Kapitalismus

Was ist nötig, was ist möglich?

Info- und Diskussionsveranstaltung
mit Dr. Tina Sanders

21. September 2020 um 18:30 Uhr

Alte Mu, Lorenzendamm 6-8

Raum: Thinkfarm

Gesundheitswesen in der Krise

Durch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens mit der Einführung der Finanzierung durch Fallpauschalen im Jahr 2004, liegt auch hier der Fokus auf der sogenannten „Wirtschaftlichkeit“ und der damit verbundenen Erzielung von Profiten. Privatisierungen wurden und werden damit gewollt gefördert und öffentliche Bereiche unter Wirtschaftlichkeitszwang gesetzt, obwohl viele kommunale Krankenhäuser und Einrichtungen, z.B. die Universitätskliniken Maximalversorger sind und einen Versorgungsauftrag für die Bevölkerung haben.

z.B. bei orthopädischen Operationen, Herzkatheteruntersuchungen, Kaiserschnitten usw.

Hier ist eindeutig, dass nicht der Patient im Mittelpunkt steht, sondern wie man über die Abrechnung das meiste Geld generiert.

Auch das Schließen von „unrentablen“ Bereichen, wie z.B. der Geburtshilfe oder Kinderabteilungen, ebenso wie die Ausgliederung von „patientenfernen“ Bereichen wie Reinigung, Verpflegung und Wäscheversorgung, gehört in den Baukasten des profitorientierten Wirtschaftsmodells.



Durch Spezialisierungen, wie z.B. das Lubinusklinikum in Kiel, umgeht man Behandlungen mit „niedrigen“ Fallpauschalen und orientiert sich auf teure Operationen, die entsprechend hohe Vergütungen über die Fallpauschalen sicherstellen. Aufwendige und durch mehrfache Erkrankungen belastete PatientInnen schickt man dann gerne in die Uniklinik, da die nötige Mitbehandlung solcher „Nebenerkrankungen“ nicht über die Fallpauschalen mitvergütet werden. Im Zuge dessen hat Deutschland in Europa Spitzenwerte

Für die Beschäftigten bedeutet dies seit Jahren: Reduzierung des Personals in vielen Bereichen wie Pflege, im med.-diagnostischen und med.-technischen Bereich, aber auch bei TherapeutInnen. Dies führt zu einer massiven Verdichtung der Arbeit, kaum planbarer Freizeit durch Überstunden und Einspringen, sowie nicht angemessener Vergütung. Die Folgen sind klar: burn-out, Verlassen des Berufes, in der Pflege meist nach 5-7 Jahren, Nachwuchsmangel durch Unattraktivität.

Die Beschäftigten in den ausgegliederten Bereichen arbeiten meist nur für Mindestlohn, oft ohne Tarifvertrag und betriebliche Interessensvertretungen.

Schon seit Jahren prangern Gewerkschaften, Beschäftigte und Initiativen die desolaten Zustände an, Patientenorganisationen warnen vor Gefährdung der PatientInnen durch den Personalmangel!

Diese dramatische Situation wurde während der Corona-Pandemie wie unter einem Brennglas sichtbar:

- Mangel an allem und allerorten, selbst an einfachster Schutzausrüstung für Beschäftigte
- zu wenig Intensiv-Betten und Beatmungsgeräte

Schutzausrüstung ist immer noch Mangelware und musste teuer im Ausland besorgt werden, Betten wurden hektisch für planbare Eingriffe und Aufnahmen gesperrt, Beatmungsgeräte angeschafft und ganze Stationen für Corona-Patienten freigemacht. Nur nützt das leider nix wenn kein Personal da ist, um die PatientInnen zu versorgen und die Geräte zu bedienen.

Um Abhilfe zu schaffen, wurden von der Politik flugs die „Mindestpersonaluntergrenzen“ (noch minimaler geht schon kaum noch!) aufgehoben, das Arbeitszeitgesetz geschliffen um 12-Stunden-Schichten zu ermöglichen und Ruhezeiten zu verkürzen, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte auszuhebeln, in NRW sollte gar der Notstand ausgerufen werden...

Die privaten Klinikbetreiber, auch hier z.B. das Lubinusklinikum Kiel, stellten Betten zur Verfügung und kassierten dafür eine Tagespauschale für jedes nicht belegte Bett in Höhe von 560 Euro. Ihre Beschäftigten wurden in Kurzarbeit geschickt und so konnte man sich auch noch ganz einfach der Lohnkosten entledigen und brauchte nur noch die Hand aufhalten!

Außerdem erhalten die Krankenhäuser, neben der Tagespauschale für freie Betten, noch 50 000 Euro pro bereitgestelltes Intensiv-Bett: Laut dem Gesetz, das der Bundestag am 25.03.20 beschlossen hat.

So auch am Uniklinikum SH, das Stationen leerräumte, Behandlungen absagte und Intensiv-Kapazitäten aufbaute. Faktisch wurden, neben Corona-PatientInnen, nur noch Notfälle aufgenommen. Die finanziellen Einbußen konnten so durch die finanziellen

Hilfen der Bundesregierung kompensiert werden.

Für das Personal, das sowieso schon in der Normallage knapp und überlastet ist und dem jetzt noch mehr Zumutungen aufgebürdet wurden, gab es ein Hick-Hack um einen „Sonderbonus für die Pflege“, es wurde von Balkonen und in Parlamenten geklatscht, um dem plötzlich systemrelevanten Personal Anerkennung zu zollen.

Nun verlief die Corona-Pandemie bisher ziemlich glimpflich und schon hatte die Politik und die Arbeitgeberverbände wieder alles vergessen, was sie vorher beklatscht hatten:

für die anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen sei kein Spielraum für hohe Lohnforderungen und auch die Bertelsmann-Studie zu den Überkapazitäten bei Betten und Krankenhäusern sei nach wie vor aktuell, nötig wären weitere „Zentralisierungen“ um Kompetenzen zu bündeln!

Wir fordern:

- weg von der Fallpauschalen-Finanzierung und hin zu einer auskömmlichen und bedarfsorientierten Finanzierung des Gesundheitswesens incl. der Sanierung von Gebäuden
- Rekommunalisierung von privaten Kliniken, Wiedereingliederung von ausgelagerten Bereichen
- flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit allen Leistungen, die es für eine gute Gesundheitsversorgung braucht, dem Erhalt aller Krankenhäuser und Wiedereröffnung z.B. von Geburtshilfe- und Kinderabteilungen
- eine deutliche Verbesserung der Intensivversorgung und der damit verbundenen Vorhaltung von Intensivbetten mit einem entsprechenden Personalaufbau
- es muss umgehend eine Aufstockung des medizinischen und pflegerischen Personals erfolgen, die sowohl an den Notwendigkeiten einer optimalen Patientenversorgung als auch den Bedürfnissen des Personals orientiert ist.
- flächendeckende Tarifverträge und eine relevante Erhöhung der Entgelte aller im Gesundheitswesen Beschäftigter ebenso wie eine
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich für eine spürbare Entlastung. ★

Wie reagieren die Gewerkschaften auf die Angriffe?

Die Reaktionen der bundesdeutschen Gewerkschaften sind widersprüchlich. Durch die Presse ging die Kritik des IG Metall Chefs Hofmann an der Weigerung der Bundesregierung, eine erneute Kaufprämie für alle angeblich umweltfreundlichen Autos, also auch Verbrenner, durchzusetzen.

- wie in dieser Zeitung dargestellt - keinesfalls bereit sind, auch nur eine Illusion von Sozialpartnerschaft aufrecht zu erhalten. Sie blasen zum Angriff im Öffentlichen Dienst, dies hat bereits dazu geführt, dass ver.di sich auf eine reguläre Tarifrunde einstellt und von Arbeitskampfmaßnahmen ausgeht.



Da muss man ganz klar sagen, dies ist ein Werben für die Subventionierung der Besitzer, der größten deutschen Autokonzerne und dass, obwohl diese vor allem jene Autos verkaufen wollen, die schon produziert wurden und die damit nicht einen Arbeitsplatz retten.

Auch der Tarifabschluss dieses Jahr war, was das materielle Volumen angeht, eher bescheiden. Das nicht nur durch Corona begründbar ist, sondern auch durch ein ganz partnerschaftlich ausgerichtetes Angebot der IG Metall an die Arbeitgeber für ein Moratorium - lange vor Corona! Hintergrund war die damals schon erkennbar anstehende Wirtschaftskrise und der Versuch, wieder einmal gemeinsam gestärkt durch die Krise zu kommen.

Auch ver.di hatte den Versuch unternommen, eine Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ganz sozialpartnerschaftlich zu lösen.

Beide Gewerkschaften müssen allerdings feststellen, dass die Konzerne und dieser Staat

Und auch in der IG Metall deuten sich positive Reaktionen an: einerseits Belegschaften, die sich mit der Schließung ihrer Standorte nicht abfinden wollen, wie die Belegschaft von Voith im Allgäu, die einen beeindruckten Arbeitskampf führte, der zwar verloren ging, aber es wurde ein Sozialplan ausgehandelt. Der Standort wird aber trotzdem abgewickelt.

Sie zeigten aber was möglich ist, wenn solche Kämpfe zusammengeführt werden. Es braucht stärker als bisher Unterstützung aus anderen Belegschaften und Solidaritätsaktionen während der Arbeitszeit, und es braucht die gesellschaftliche Unterstützung für solche Kämpfe über den Ort hinaus.

Aber nicht nur die Belegschaften, auch einzelne IG Metall Geschäftsstellen entwickeln gute Forderungen.

So ist bis auf die Erweiterung des Konjunkturpakets (was eben die Unternehmen und nicht die Beschäftigten fördert) und der

nebulösen Forderung „Für aktive Beschäftigungssicherung und -entwicklung in der Region“ (hier wird allerdings nicht klar, wie das geschehen soll).

Aus unserer Sicht braucht es ein Verbot von Massenentlassungen und ein Heranziehen des Privatvermögens der Eigentümer.

Folgenden Forderungen der IG Metall Kiel /NMS ist zuzustimmen, auch wenn sie uns natürlich nicht weit genug gehen.

Die Forderungen der IG Metall Kiel / NMS

Industrielle Wertschöpfung ist die Grundlage für Wohlstand – deshalb:

1. Für aktive Beschäftigungssicherung und -entwicklung in der Region
2. Absichern der Tarifverträge! Absicherung der Einkommen und Standards Ausbildungs- und Dual-Studierendenplätze sichern sowie die Übernahme in nicht prekären Vertragsverhältnissen regeln
3. Für den Schutz prekärer Arbeitsverhältnisse

4. Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung: Für einen guten Gesundheitsschutz ein demokratisches, gerechtes Miteinander auch in Krisen
5. Finanzielle Einbußen aufgrund von Kinderbetreuung verhindern
6. Erhaltung der Arbeitszeitsysteme und des Kündigungsschutzes
7. Erweiterung des Konjunkturpaketes mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit
8. Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen fördern entlang der neuen Antriebstechnologien
9. Soziale, nachhaltige und ökologische Kriterien als Bedingung an Betriebe die Unterstützung aus Steuergeldern, der öffentlichen Hand, erhalten;
 - Belegschaft an Bord halten - Auszubildende übernehmen;
 - Tarifverträge achten und keine Dividenden zahlen
10. Grundsicherung für alle zugänglich machen und große Vermögen und hohe Spitzeneinkommen heranziehen zur Bewältigung der Krise.★

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen!

UZ unsere zeit
Tödliche Blockade
Zeit des Aufstands

www.uzshop.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

Abrüstung jetzt! Frieden mit Russland!

Die Überschrift in den "KN" vom 20.04.2020 klingt wie eine Drohung : "Militär kommt auch ohne Kieler Woche". Gemeint ist das Seemanöver Baltops 2020, die größte Übung des Jahres auf der Ostsee. Im Jahr 2019 waren 18 Nationen, 50 Schiffe und 8.600 Soldaten beteiligt.

Parallel lief das Landmanöver Defender 2020, mit (US-) Truppenverlegungen nach Polen und ins Baltikum. Stoßrichtung beider Manöver war und ist Russland.

Die Begleitmusik kommt von Trump. Demnach strengt sich die Bundesregierung nicht bei der Erhöhung der Rüstungsausgaben an; angekündigt wird der Abzug von bis zu 15.000 amerikanischen Soldaten; gemeint ist damit unter anderem die Verlegung Richtung Osteuropa.

Worum geht es?

Kein Land hat seine Ausgaben für Waffen und Militär derart gesteigert wie die Bundesrepublik. Im Vergleich zum Jahr 2018 ist der deutsche Wehretat im vergangenen Jahr um 10 Prozent auf 45,4 Milliarden Euro gestiegen.

Trotz der enormen Kosten der Corona-Pandemie sind im Militärbereich weitere Ausgabensteigerungen in den nächsten Jahren auf 85 Milliarden Euro, in Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, geplant.

Hinzu kommen militärische Großaufträge, wie die Beschaffung von 4 Fregatten (Stückpreis 1 Milliarde Euro!). Wie im April bekannt wurde, will sich die Bundeswehr eine neue Bomberstaffel anschaffen, fast 140 neue Kampfflugzeuge, die den Tornado ersetzen sollen und die im Übrigen auch Atomwaffen transportieren können. Kosten bis 100 Milliarden Euro, Beschaffungszeitraum bis ca. 2040 (egal, wer die Regierung 2021, 2025 oder 2029 stellt).

Der Grund dafür, dass die Bundesregierung diese massive Aufrüstung vorantreibt und nicht etwa Krankenhäuser besser ausstattet, liegt im Interesse der deutschen Banken und Konzerne begründet, die ihre Interessen auch militärisch weltweit vertreten lassen.

Eine besondere Schweinerei stellt die nukleare Teilhabe dar. Das ist der Grund, warum jetzt neue Kampffjets angeschafft werden. Im Rahmen der militärischen Strukturen der

NATO soll die Bundeswehr bruchlos den Einsatz, der in Büchel gelagerten US-Atomwaffen mit eigenen Flugzeugen gewährleisten können.

Das damit Büchel zu einem primären Angriffsziel wird ("Raketen sind Magneten"), nimmt unsere Regierung billigend in Kauf.

Gesundheitsschutz statt Atombomber!

Allein die 30 F-18-Atombomber kosten in ihrer Anschaffung mehr als 7 Milliarden Euro.

Statt der Ausgaben für die Bomber könnten in einem Jahr 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte sowie die Gehälter von 60.000 Pflegefachkräften und 25.000 ÄrztInnen finanziert werden (Angaben zitiert nach IPPNW / ICAN).

Die Krise heißt Kapitalismus



**Die Reichen müssen zahlen!
Runter mit der Rüstung!**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Warum gegen Russland?

Die NATO-Doktrin der nuklearen Teilhabe verstößt gegen das selbst auferlegte Verbot Deutschlands, Atomwaffen zu besitzen oder über sie zu verfügen. Geregelt ist das im Zwei-plus-Vier-Vertrag aus dem Jahr 1990.

Seit 1990 ist die Nato wie auch die BRD dabei, ihren Einfluss in Osteuropa auszubauen und den kapitalistischen Konkurrenten Russland zurückzudrängen. Heute steht die Nato an den Westgrenzen Russlands, auch deutsche Soldaten stehen wieder dort.

Russland wird als Feind dämonisiert und es wird militärisch wie auch propagandistisch aufgerüstet. Die Herrschenden hierzulande treten dabei immer selbstsicherer als Weltmacht auf.

Dieser deutschen Großmachtspolitik muss Einhalt geboten werden!

Wir fordern Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland!★

Mehr über die DKP Kiel

findest du unter:

www.dkpskiel.de

ViSdP: Eva Börnig, Kastanienallee 20, Kiel